



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/01/2016
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 03.02.2016
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
2. . Feststellung der Tagesordnung
3. . Mitteilungen
4. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
6. . Bericht aus dem Integrationsrat
7. . Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016/2017
8. . Sachstand Flüchtlinge, Asylbewerber und unbegleitete minderjährige Ausländer in Hagen
Bericht der Verwaltung
9. . Änderung der Richtlinien der Stadt Hagen über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Wohnumfeldverbesserungen durch die Gestaltung von privaten Hof- und Hausflächen.
Vorlage: 1119/2015
10. . Landesförderplan "Alter und Pflege"
Vorlage: 0063/2016
11. . Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Endgültiges Freizeihen der Sporthalle Berghofstraße
Vorlage: 0118/2016



12. . Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv
Sachstandsanfrage Förderprogramm des Landes "Early Intervention NRW+"
Vorlage: 0107/2016

13. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Die neue Ausschussvorsitzende Frau Timm-Bergs begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste und wünscht für die weitere Zusammenarbeit viel Erfolg. Sie verpflichtet Herrn Quadt, der als neues Ausschussmitglied für die Ratsgruppe Bürger für Hohenlimburg/Piraten vertreten ist.

Sie weist darauf hin, dass vor Eintritt in die Tagesordnung die Wahl des/der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden vorgenommen werden muss.

Frau Fischbach erklärt, dass die CDU-Fraktion Frau Marianne Cramer vorschlägt.

Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Frau Timm-Bergs lässt über den Vorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss wählt Frau Marianne Cramer als stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		1
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD			
Die Linke	1		
BfHo/Piraten Hagen	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1



Sie gratuliert Frau Cramer zum einstimmigen Votum.

Frau Cramer nimmt die Wahl an.

2. . Feststellung der Tagesordnung

Frau Timm-Bergs teilt mit, dass neben der Wahl des/der neuen Ausschussvorsitzenden ein weiterer neuer Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Bei dem eingeschobenen TOP 8 würde die Verwaltung einen Sachstandsbericht über Flüchtlinge, Asylbewerber und unbegleitete minderjährige Ausländer geben.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

3. . Mitteilungen

Frau Kaufmann berichtet, dass der Rat der Stadt Hagen auf Antrag der Fraktion Die Linke die UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus beschlossen habe. Die Zuständigkeit werde beim Sozialausschuss liegen. Zu gegebener Zeit müsse man überlegen, welche Aktivitäten in diesem Zusammenhang durchgeführt werden sollten.

4. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener erklärt, dass der Seniorenbeirat seit der letzten Sitzung des Sozialausschusses nicht getagt habe. Er werde den Bericht dann in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses nachholen.

5. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth erklärt, dass auch der Beirat für Menschen mit Behinderungen noch nicht wieder getagt habe. Er berichtet von der erfolgreichen Entwicklung der Aktion „Hagen barrierefrei“.



6. . Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

Er teilt mit, dass der Neujahrsempfang des Integrationsrates am 13. Februar stattfindet.

Frau Cramer nimmt Bezug auf den von Herrn Budak gestellten Antrag auf die Durchführung von Zweisprachigkeit in Schulen und möchte von der Verwaltung wissen, ob das nicht außerhalb ihrer Zuständigkeit liege.

Herr Goldbach antwortet, dass man dieses Anliegen natürlich unterstützen könne.

Die Zuständigkeit dafür liege allerdings bei den einzelnen Schulen und der unteren Schulaufsicht oder je nach Schulform bei den Schulaufsichtsbeamten in Arnsberg. Man müsse natürlich Schulen finden, die bereit seien, das in ihrem Schulprogramm aufzunehmen. Man werde den Beschluss des Integrationsrates zuständigkeitshalber an den Fachbereich Bildung weiterleiten.

Seiner Kenntnis nach gebe es bis heute keinen veröffentlichten Projektauftrag des Landes in der Angelegenheit, auf den man sich bewerben könne.

7. . Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Reimann stellt den Haushaltsplanentwurf 2016/2017 vor und erläutert gravierende Veränderungen der Ansätze innerhalb der Teilpläne.

Frau Sauerwein fragt, wann die Stadt mit einer Zusage der Bezirksregierung rechnen könne, dass der Ausgleich des Haushalts auf 2017 verschoben werden dürfe.

Frau Reimann antwortet, dass mit einer solchen Zusage nicht bis zur Verabschiedung des Haushaltes im Rat gerechnet werden könne. Sie sei aber dahingehend zuversichtlich, da bereits andere Kommunen diese Zusage bekommen hätten.

Anschließend stellt sie die Konsolidierungsmaßnahmen vor, die in die Zuständigkeit des Sozialausschusses fallen.

Herr Fiedler nimmt aus Sicht des Jobcenters Stellung zu den drei Maßnahmen, die die Reduzierung der Kosten der Unterkunft betreffen.



Frau Reimann beantwortet Fragen von Herrn Homm und Frau Sauerwein.

Frau Sauerwein merkt an, dass sich der Seniorenbeirat sicher noch mit der Zuschusskürzung bei den Seniorenbegegnungsstätten beschäftigen werde. Hagen sei eine Stadt im demographischen Wandel und man habe immer hart um den Erhalt der Seniorenbegegnungsstätten gerungen.

Herr Goldbach erläutert die Maßnahme „Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration“.

Frau Timm-Bergs richtet die Frage an die Ausschussmitglieder, wie man mit dem Haushaltsplanentwurf und der Konsolidierungsliste weiter verfahren wolle.

Frau Engelhardt erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass man den Haushaltsplanentwurf in der heutigen Sitzung verabschieden könne. Die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen wolle man noch einmal in der Fraktion beraten.

Herr Heiermann teilt mit, dass die Fraktion die Linke noch zu allen Bereichen Beratungsbedarf habe.

Frau Sauerwein beantragt für ihre Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine erste Lesung. Es stehe noch die Fraktionsklausur an.

Auch Frau Cramer würde die Konsolidierungsmaßnahmen noch gerne in der Klausurtagung der CDU-Fraktion besprechen.

Frau Timm-Bergs stellt Einvernehmen darüber her, den Haushaltsplanentwurf und die Konsolidierungsmaßnahmen als erste Lesung zu betrachten.

Man einigt sich auf den 23. Februar um 16.00 Uhr, um die abschließende Beratung vorzunehmen. Die Sitzung am 09. März soll dafür ausfallen.

Frau Buchholz nimmt Stellung zu der Konsolidierungsmaßnahme „Kürzung des Zuschusses für Beratungen bei Essstörung“. Sie beschreibt den dringenden Bedarf dieser Beratungsstellen und ihren Ärger über den Vorschlag dieser Maßnahme. Bei Umsetzung dieser Maßnahme würde das Angebot nicht aufrechterhalten werden können.

Sie weist außerdem auf die Herausforderungen hin, die die Freiwilligenzentrale jetzt gerade auch im Hinblick auf die Flüchtlinge stemme und könne daher auch diese Kürzungsmaßnahme nicht nachvollziehen.

Herr Heiermann betont, dass die Stadt überwiegend auf Ehrenamt setze und auch er wundere sich über die Entscheidung, diese Konsolidierungsmaßnahme vorzuschlagen. Er richtet seine eindringliche Bitte an die Verwaltung, nach anderen Möglichkeiten zu suchen, den Betrag einzusparen.



Beschluss:

Die Beratung des Haushaltsplanentwurfes und der HSP-Maßnahmen wird als erste Lesung betrachtet.

Die weitere Beratung erfolgt in einer Sondersitzung des Sozialausschusses am 23.02.2016.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD			
Die Linke	1		
BfHo/Piraten Hagen	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

**8. . Sachstand Flüchtlinge, Asylbewerber und unbegleitete minderjährige Ausländer in Hagen
Bericht der Verwaltung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann berichtet, dass es zwischen den Jahren keine Flüchtlingszuweisungen gegeben habe und das allen Beteiligten außerordentlich gut getan habe.

In der Zwischenzeit habe es wieder Zuweisungen gegeben und Hagen habe inzwischen seine Quote erfüllt. Die Zuweisung sei auch etwas geringer geworden.

Das Land Nordrhein-Westfalen plane, seine Notunterkünfte sukzessive abzubauen und auch zu schließen. Man müsse als Stadt daher davon ausgehen, dass man dann wieder eine erhöhte Zuweisung bekomme. In Hagen seien im Moment 1.200 Flüchtlinge in den Notunterkünften untergebracht.



Man sei dabei, die Unterbringungssituation grundsätzlich zu überdenken. Weiterhin könne man sich jetzt endlich stärker um die Integration der Flüchtlinge kümmern, da jetzt auch mehr Personal dafür bereitstehe. In den kommunalen Unterkünten seien derzeit 1.700 Flüchtlinge untergebracht. Man habe fast dieselbe Anzahl an Schülern in unseren Schulen. Ein großer Anteil davon seien rumänische und bulgarische Kinder.

In Bezug auf die unbegleiteten Minderjährigen habe man einen Aufruf gestartet, um geeignete Pflegefamilien für deren Unterbringung zu finden.

Das Thema Integrationskonzept habe man bereits am Runden Tisch aufgegriffen und wolle ein solches erarbeiten. In der Praxis finde ja bereits vieles statt. In dem Zusammenhang wäre intensiver Sprachunterricht für jeden Flüchtling ein wichtiger Bestandteil.

Die Bearbeitungsdauer der Anträge sei deutlich kürzer geworden.

Herr Gierke ergänzt die Ausführungen von Frau Kaufmann.

Man habe im letzten Jahr im November ca. 450 Flüchtlinge in Hagen unterbringen müssen. Das habe dazu geführt, dass man schon Mitte Dezember keine freien Plätze zur Unterbringung mehr gehabt habe. Dadurch habe man einen Zuweisungsstopp im Dezember erzielen können. Im neuen Jahr habe man neue Unterkünfte akquirieren können. Es komme der Stadt nun zugute, dass man aktuell die Quote erfüllt habe. Die Bezirksregierung greife jetzt vornehmlich auf die Städte zu, die ihre Quote bis dato nicht erfüllt hätten. Man gehe davon aus, dass man im Februar nur vereinzelte Zuweisungen bekommen werde. Man sei weiterhin dabei, Wohnraum zu akquirieren.

Auch die personelle Situation in dem Bereich habe sich deutlich verbessert. Man habe aktuell 8 Sozialarbeiter in der Abteilung, die im Bereich der sozialen Betreuung tätig werden. Man sei bemüht, weitere Mitarbeiter in diesem Arbeitsfeld einzusetzen.

Herr Goebels berichtet, dass man aktuell 140 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Hagen bei verschiedenen Hagener Trägern untergebracht habe. Man habe relativ früh auf ein dezentrales Konzept in Hagen gesetzt. Die Unterbringung dieser Jugendlichen finde generell in Jugendhilfeeinrichtungen statt. Neben der Unterbringung müsse eine Betreuung sichergestellt sein. Seit dem 01.11.2015 finde eine bundesweite Verteilung auf die einzelnen Kommunen statt. Man liege in NRW bei einer Quote von 86 %. Das Alter der Jugendlichen liege durchschnittlich zwischen 15,5 und 17,5 Jahren. Es handele sich überwiegend um männliche Jugendliche. Der Bildungsstand der Jugendlichen sei sehr unterschiedlich. Einige der jungen Menschen litten auch an Traumafolgestörungen. Im Haus Hohenlimburg seien trägerübergreifend zwei Traumagruppen eingerichtet worden. Dort habe man entsprechende Therapeuten, die auch über eine Sprachkompetenz verfügten.



Auf die Frage von Frau Cramer, wieviel Sozialarbeiter vorher in dem Bereich eingesetzt gewesen seien, stellt Herr Gierke fest, dass man vor 15 Monaten noch gar keinen Sozialarbeiter für diese Arbeit gehabt habe. Auch im Bereich der Leistungssachbearbeitung sei personell aufgestockt worden. Allerdings habe man die personelle Sollzahl bei Weitem noch nicht erreicht. Bereits in der nächsten Woche gebe es weitere Bewerbungsgespräche.

Frau Engelhardt möchte wissen, was mit den unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen passiere, wenn diese das achtzehnte Lebensjahr vollendet hätten.

Herr Goebels berichtet, dass ein Clearingverfahren stattfindet. Danach werde festgestellt, was dieser junge Mensch brauche. Das könnte zum Beispiel Hilfe zur Erziehung sein. Diese Bedarfe müsste man gegenüber dem Landesjugendamt entsprechend begründen können, da man die Kosten von dort erstattet bekomme. Das sei auch über das achtzehnte Lebensjahr möglich. Man schaue genau hin, wenn dieser Jugendliche noch nicht gefestigt sei und zum Beispiel noch die Schule besuche.

Frau Fischbach fragt nach der Nutzung der Regenbogenschule. Wie viele und welche Flüchtlinge würden dort untergebracht?

Herr Gierke berichtet, dass man nicht vorhabe, dort etwas umzubauen. Man werde die ehemalige OGS für ein Catering nutzen. Aktuell plane man, dort alleinstehende Männer unterzubringen. Man wisse allerdings derzeit nicht, ob tatsächlich alleinstehende Männer oder vielleicht Frauen mit Kindern als Flüchtlinge kämen. Man wolle sich auch die Perspektive offen lassen, dort Familien unterzubringen.

9. . **Änderung der Richtlinien der Stadt Hagen über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Wohnumfeldverbesserungen durch die Gestaltung von privaten Hof- und Hausflächen.**
Vorlage: 1119/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Da es keinen Beratungsbedarf zu der Vorlage gibt, formuliert Frau Timm-Bergs den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, den Richtlinien entsprechend neuer Vorgaben der Bezirksregierung Arnsberg vom 15.09.2015 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Mit der Umsetzung ist bis Ende 2017 zu rechnen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD			
Die Linke	1		
BfHo/Piraten Hagen			1

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen:

Enthaltungen: 1

**10. . Landesförderplan "Alter und Pflege"
 Vorlage: 0063/2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage und weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass man dem Sozialausschuss vor kurzer Zeit das Programm „Altengerechte Quartiere“ vorgestellt habe. Die Inanspruchnahme dieses Landesprogramms durch die Kommunen sei etwas zurückhaltend gewesen, was auf den nicht unbeträchtlichen Eigenanteil zurückgeführt werden könnte. Auch in Hagen sei es daran gescheitert. Es sei um 30.000 € gegangen, die man aufbringen müsste, um das Projekt an den Start zu bringen. Es gebe nun einen zweiten neuen Förderhinweis, wie der Vorlage zu entnehmen sei. Es stelle sich nun



die Frage, ob man das in Angriff nehmen solle. Der Eigenanteil in Höhe von 3.333 € sei eventuell durch Spenden aufzubringen.

Frau Sauerwein bedauert, dass selbst ein Eigenanteil in dieser Höhe in Hagen schwierig sei. Man habe inzwischen auch in Hagen einige Ansätze zur Quartiersentwicklung, die man unterstützen könne. Sie regt an, dieses Thema im Stadtentwicklungsausschuss näher in Augenschein zu nehmen.

Herr Meier ist der Meinung, dass alle Fraktionen eine Haltung zu dem Thema entwickeln sollten. Er bekräftigt den Wortbeitrag von Frau Sauerwein. Man müsse sich auch in Hagen dem Thema stellen und aufpassen, dass man nicht den Anschluss an eine wichtige Entwicklung verliere. Die Erfahrungen, die man mit einem solchen Programm sammeln könnte, seien auch durchaus übertragbar. Daher sollte man auf jeden Fall versuchen, den Eigenanteil aufzubringen. Dabei könnte man neben den Wohlfahrtsverbänden auch auf die Wohnungsbaugesellschaften schauen. Für die SPD-Fraktion könne ein positives Signal gesetzt werden.

Frau Cramer erklärt, dass sich die CDU-Fraktion dieser Meinung anschließe.

Herr Goldbach teilt mit, dass man auf den Seniorenbeirat zugehen werde, um das Thema nochmal abzustimmen. Dieser tagt am 8. März.

**11. . Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Endgültiges Freiziehen der Sporthalle Berghofstraße
Vorlage: 0118/2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Sauerwein erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Ihrer Meinung nach sei die Unterbringung in der Turnhalle die denkbar ungünstigste Unterbringungsmöglichkeit für Flüchtlinge. Offensichtlich sei es auch eine konfliktträchtige Situation, wie man der Presse habe entnehmen können. Die Turnhalle Berghofstraße solle daher möglichst rasch freigezogen und nicht bei Eintreffen von kommunalen Flüchtlingen neu aufgestockt werden.

Frau Kaufmann macht deutlich, dass auch die Verwaltung sich mit diesem Thema beschäftige. Auch wenn es sich nicht um die optimalste Unterbringungsmöglichkeit handele, seien die Menschen dort gut untergebracht. Man könne im Moment nicht auf diese Einrichtung verzichten. Es sei auch das Ziel der Verwaltung, die Turnhalle freizuziehen und man werde das umsetzen, sobald es möglich sei. Sie bäte, die Verwaltung dahingehend zu unterstützen. Bezüglich der Konflikte sei es in keiner Weise auffälliger als an anderen Orten.

Frau Sauerwein teilt mit, dass sie den Antrag unter der Maßgabe zurückzieht, dass die Verwaltung die Sporthalle Berghofstraße so bald wie möglich freizieht, wenn der Bedarf nicht mehr gegeben ist.



**12. . Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv
Sachstandsanfrage Förderprogramm des Landes "Early Intervention NRW+"
Vorlage: 0107/2016**

Frau Timm-Bergs weist auf die ausgelegte Tischvorlage hin, in der die Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv beantwortet wird.

Frau Jochheim erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass die Fragen mit der Stellungnahme der Verwaltung beantwortet seien.

13. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.35 Uhr

gez. Ramona Timm-Bergs
Vorsitzende

gez. Sabine Hoglebe
Schriftführerin